

# Der Steinmetz

## Wochenzeitschrift des Zentralverbandes der Steinmetze Deutschlands

Erscheint wöchentlich am Sonnabend. — Bezugspreis vierteljährlich durch die Post 3 Mark. — Eingetragen in der Reichs-Postliste unter Nr. 7528. — An Nichtverbandsmitglieder wird die Zeitung unter Kreuzband nicht versandt.

Schriftleitung und Versandstelle in Leipzig  
Gerberstr. 11V Viktoriahotel. Fernruf 7503

Schluss des Blattes: Montags, mittag 12 Uhr. — Die Anzeigengebühr beträgt für die dreispaltige Kleinzeile 2 Mark. — Anzeigen werden nur bei vorheriger Einsendung der Kosten aufgenommen. — Rabatt wird nicht gewährt.

Nr. 36

Sonnabend, den 3. September 1921

25. Jahrgang

### Lohnbewegungen.

Zur Beachtung! Notizen unter dieser Rubrik werden nur dann jede Woche wiederholt, wenn der Schriftleitung bis spätestens Montag früh entsprechende Mitteilung vorliegt.

Jedes Verbandsmitglied hat bei Arbeitsangeboten nach den unten genannten Orten unter: „Sperr-, Streik-, Bezug fernhalten“ in jedem Fall Erläuterungen von der Ortsverwaltung der betreffenden Baustelle einzubringen. Wer das unterläßt und ein Arbeitsverhältnis nach diesen Orten einget, stellt sich außerhalb des Verbandsrahmens und kann ausgeschlossen werden.

#### Gesperri:

Grabsteingeschäft Meiner, Augsburg-Pferrsee. Firma Rubenz, Kalkberge (Müdersdorf). In Stuttgart sämtliche Betriebe. Franz Koll, Grabsteingeschäft in Paderborn. Die Grabsteingeschäfte Woldt u. Falke in Jittau, Girsch in Hirschfeld, Raue in Niederroderwitz, Mühle in Großschönau, Friedrich Krapp, Eisenach, Firma Horn in Naumburg, Neufeld, Firma C. F. Fuchsbrügge, Oldenburg (Firma August Köllner), Morlesau (der Bajaltbetrieb der Firma Leimbach u. Co. am Sodenberg), Grabsteingeschäft Georg Meder in Rothberg o. Tb. In Bremen Platz Berger und Traube (Grabsteingeschäft).

#### Streit:

In Offen (in sämtlichen Grabsteingeschäften), Erfurt (Steinmetzen und Marmorarbeiter), in Breslau, Lauterbach (Pfalz). In Nürnberg (Marmorarbeiter). In Nersmühle (Bruchbetriebe von Brücher und Ufer). In Willmar (Grabsteingeschäft), Saalburg (Marmor). In Brandenburg a. S. (Grabsteingeschäfte). Deutscher Grimm-Würzen. Pflasterstein und Granitwerkstein. Sangerhausen, Nordhausen, Eisleben, Artern a. d. Unstrut, Allstedt (Sachsen-Weimar) (Grabsteingeschäfte). Eberbach und Umgebung (Baden), Gohlens, Adin (Marmorarbeiter), Hannover (sämtliche Betriebe).

#### Zugung ist fernzuhalten:

Außer den genannten Orten unter Sperr- und Streik nach Osnabrück, Königsgarten i. Kr., Reichenbach i. B. (Steinbildhauerei Heilmann), Bennigsen b. Hannover, Memmingen (Bayern), Bochum, Ibbenbüren i. Westf., Goslar und Seeburg.

Lithographiebetriebe. Die Unternehmer boten in der Sitzung zu Teuchlingen eine recht geringe Zulage, weshalb der Schlichtungsausschuß Schwabach angerufen werden mußte.

#### Erlaubte Bewegungen.

In Böhmen, Saalfeld, Rudolstadt wurde durch Tarifvereinbarung die Bewegung beendet.

Köln. Der Streit der Steinmetzen wurde nach 2 1/2-tägiger Dauer beendet, der Stundenlohn auf 8,70 M. festgesetzt.

Dresden, Pirna und Umgegend. Für die Steingewinnung des Cottauer Gebietes wurde folgender Schiedsspruch gefällt und beiderseits anerkannt: Für die vom 6. August 1921 an laufende Lohnperiode bis 16. September 1921 wird der Stundenlohn um 50 Pf. für alle Gruppen erhöht. Die Prämie für die Ausschläger und Förder wird für den gleichen Zeitpunkt auf 5 M. pro Kubikmeter festgesetzt.

Für die Steingewinnung des Postauer Gebietes wurde folgendes festgelegt: Für Bohlmacher bei Schrot in gesundem Stein 7,50 M., bei vorhandenem Boden 7 M., für Schmiede 6,25 M., für Steinbrecher 6,75 M. bei reinem Lohn. Garantierter Lohn für Brecher 6,25 M., für Stoßräumer 5,75 bis 5,85 M., für Räumer über 24 Jahre oder Verheiratete 5,40—5,50 M., für Räumer ledig unter 24 Jahren 5,15—5,25 M. pro Stunde. Die Prämie für Steinbrecher wurde erhöht. Für Mühl- und Schleifsteine pro cbm. M. 8.—  
„ Werkstücke in nicht vorgeschriebenen Maßen „ „ „ 6.—  
„ Werkstücke in vorgeschriebenen Abmessungen „ „ „ 8.—  
„ Kleine Werkstücke unter 0,100 cbm. „ „ „ 15.—  
„ Kleine Werkstücke unter 0,200 cbm. „ „ „ 12.—  
„ Alle anderen Werkstücke „ „ „ 12.—

Nürnberg. Mit der Bildhauerinnung wurde durch Vereinbarung der Stundenlohn der Steinbildhauer um 2 M. erhöht. Für Werkzeugstellung konnte zum erstenmal eine Entschädigung herausgeholt werden.

Offen. Die Sperr- über das Steinwerk Jaminet, G. m. b. H., ist, soweit Marmorarbeiter in Frage kommen, aufgehoben; für Sandsteinmetzen jedoch nicht.

Mühlhausen (Thür.). Für alle in der Steinindustrie tätigen Arbeiter wurde der Stundenlohn um 70 Pf. aufgebessert.

Leipzig. Der Streit der Marmorarbeiter wurde durch nachstehende Vereinbarung beendet: Der Stundenlohn für Dauer beträgt ab 26. August 1921 7,35 M., für Schleifer 7,20 M. Das bisherige Lohnverhältnis läuft wieder parallel mit dem der Sandsteinarbeiter am Ort. Maßregelungen infolge des Streiks finden nicht statt und in das alte Arbeitsverhältnis wird wieder eingetreten.

Oberdachsteden. Auf die bestehenden Löhne der Schleifsteinarbeiter erfolgt vom 16. August 1921 ein Zuschlag von 12 Prozent.

Goslenleuben. Der Streit im Pflastersteinbetrieb der Firma Krebs wurde durch eine Vereinbarung aufgehoben.

Kupferdreh. Die Sperr- über das Kunststeinwerk ist aufgehoben, über die gewünschte Entlohnung wurde eine Verständigung erzielt.

Gresfeld. Die Lohnbewegung am Ort konnte beendet werden. Für Steinmetzen und Marmorarbeiter beträgt der Lohn vom 19. August 1921 8,10 M., vom 9. September 8,50 M. Am Bau werden vom 4. August an 9 M. pro Stunde berechnet.

Guben. Hier wurde eine Teuerungszulage von 1 Mark pro Stunde erzielt. Hoffentlich schließen sich die anderen Orte der Niederlausitz dem an. Die betreffenden Kollegen dürfen sich nicht irren machen lassen, wenn die Arbeitgeber erklären, der Tarif sei nicht gekündigt. Die ganz plötzlich eingetretene Teuerung steht außerhalb jeden Vertrags, kann also mit Gültigkeitsdauer usw. nicht aus der Welt geschafft werden.

Mayen. Für das Vajalkabagebiet wurde ab 25. August die bisherige Teuerungszulage für Affordarbeiter um 100 Prozent erhöht, die Stundenlöhne wurden um 70—75 Prozent erhöht. Für das Gttringer Luffsteingebiet wurde die bisherige Teuerungszulage vom 25. August an von 720 auf 860 Prozent erhöht, die Stundenlöhne für Zeitlohnarbeiter um 70 bis 90 Pf.

### Von der Innsbrucker Tagung.

I.

In der Hauptstadt Tirols, die vom gewaltigen Bergmassiv eingeschlossen ist und auf jeden Fremden einen eigenartigen Reiz ausübt, wurde am 20. August, abends 7 Uhr, im Arbeiterheim die 5. internationale Zusammenkunft der Steinmetze vom Kollegen Koll eröffnet. Anwesend waren:

Aus Deutschland: Winkler, Siebold, Ziemann, Lohse, Eisner und Schmidt; Holland: Martierbergh, Vonderwall und Vonstrat; Belgien: Martel und Lapaille; Italien: Quaglino; für die Deutsch-Südtiroler Genossen wohnte Sekretär Pitaco und für Italienisch-Südtirol Genosse Flor den Beratungen als Gäste bei; Ungarn: Kiesz; Tschechoslowakei: für die deutschen Genossen (Reichenberg) Hausmann, für die tschechischen Genossen (Prag) Lahota; Oesterreich: Müller; Schweiz: der Sekretär des internationalen Steinmetzverbandes Kollb.

Nur eine kleine Schar war beisammen, es fehlte manches bekannte Gesicht.

Die französischen Delegierten konnten infolge größerer Bewegungen in ihrer Heimat nicht abkommen und hatten sich entschuldigt. Von den nordischen Staaten war niemand erschienen. Außerdem wohnte der Sekretär des internationalen Bauarbeiterverbandes, Gen. Käppler, den Beratungen als Gast bei.

Kollege Koll wies auf die letzte Zusammenkunft im Jahre 1913 in Brüssel hin und auf die schwere Zeit des Krieges, die die Arbeitererschaft über sich ergehen lassen mußte. Trotz der Unbill dieser Zeiten seien die Organisationen nicht schwächer, sondern nur stärker geworden. Schwere Zeiten liegen hinter uns, große Kämpfe stehen bevor; die wir nur bewältigen können, wenn alle Kräfte zusammengefaßt werden in enger Klassenolidarität. In diesem Sinne begrüßte der Sekretär die Delegierten.

Kollege Müller begrüßte die Kollegen namens des österreichischen Bauarbeiterverbandes, dem die Steinmetze jetzt angeschlossen sind. Oesterreich sei ein armes Land geworden, trotzdem werde es den Delegierten in Innsbruck gefallen.

Ins Präsidium wurden hierauf auf Vorschlag des Kollegen Siebold: Winkler (Deutschland) und Martel (Belgien) als Vorsitzende, Schmidt (Deutschland) und Hausmann (Tschechoslowakei) als Schriftführer gewählt.

Winkler übernimmt den Vorsitz und gibt einen kurzen Rückblick seit dem letzten Kongreß in Brüssel. Namens der Tiroler Landesgewerkschaftskommission begrüßte Gen. Hüttenberger namens der Partei, Nationalrat Scheibin, namens des Gemeinderats, Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Gruener die Delegierten. Die Beratungen wurden hierauf um 9 Uhr abends auf Sonntag 9 Uhr früh vertagt.

In der Verhandlung am Sonntag dankte Kollege Kiesz für die den ungarischen Arbeitern bewiesene Solidariät und gab einen Rückblick von den dortigen Verhältnissen. Darauf erläuterte Kollege Koll seinen Tätigkeitsbericht, er deckt sich im wesentlichen mit dem bereits zum Ausdruck gebrachten Bericht in Nr. 34 des Steinmetzes. Anschließend daran gibt Koll eine Klassenübersicht.

Mit der Tätigkeit des Sekretärs erklärten sich die Delegierten einverstanden und anerkannten die besonderen, durch den Weltkrieg entstandenen Schwierigkeiten. Das Fehlen statistischer Grundlagen wurde bedauert und gewünscht eine bessere internationale Verbindung der Steinmetze und damit ein regerer Austausch über soziale und gewerkschaftliche Fragen. An der Debatte beteiligten sich Siebold, Martel, Lahota und Müller. Von ersterem wurde auch die Darlehensangelegenheit mit der Schweizer Organisation behandelt, wodurch für Deutschland auch die Rückstände in der internationalen Beitragsleistung verschuldet und außerdem der deutsche Verband sowie das internationale Sekretariat geschädigt seien. In der Debatte wurde diese Schädigung anerkannt und die Handlung der Schweizer Organisation verurteilt. Darauf erklärte die deutsche Delegation die Angelegenheit für erledigt. Nachdem dann noch Kollege Koll auf die Aussprache eingegangen, wurde zur Deckung der Schulden des internationalen Sekretariats vom Kollegen Siebold nachstehender Antrag begründet und vom Kongreß angenommen:

„Die Schulden des Sekretariats werden von den Ländern gedeckt, die bisher mit ihren Beiträgen im Rückstand sind. Die Mitgliederzahl dieser Verbände wird in die Schuldsumme dividiert, und jedes Land hat dann die nach seiner Mitgliederzahl entfallende Summe in Frankwährung zu übernehmen. Eine weitere rückwirkende Zahlung findet nicht statt.“

Die Beitragsfrage für die Zukunft wurde zurückgestellt, bis Punkt 4 der Tagesordnung: „Verschmelzung mit dem internationalen Bauarbeitersekretariat“ geklärt ist. Der Vorsitzende Winkler hält die Form dieses Beratungsgegenstandes nicht für zweckmäßig, er hätte richtiger in der Art einer Fragestellung auf die Tagesordnung gesetzt werden müssen. Koll gibt die Einleitung zu der Materie und weist nach, daß es ein Beschluß des Brüsseler Kongresses ist, wenn die Angelegenheit jetzt zur Beschlußfassung stehe. Durch eine Verschmelzung beider Sekretariate werde die Selbständigkeit der Steinmetzverbände nicht berührt. Im übrigen sei eine Vereinigung in den Bauarbeiterorganisationen zu empfehlen.

Quaglino (Italien) tritt als erster Redner warm für die Verschmelzung ein, indem er darauf hinweist, daß er bereits in Zürich im Jahre 1903 die Idee der Industrieverbände propagiert habe und auch auf dem italienischen Parteitag in Livorno im Prinzip die Bildung von Industrieverbänden beschlossen und bereits Vorbereitungen dazu getroffen wurden. Während sich das Kapital konzentriert, bleiben die Arbeiterorganisationen durch Zersplitterung der Kräfte geschwächt. Es handelt sich nicht nur darum, die Massen bei großen Kämpfen gegen Vorstöße des konzentrierten Unternehmertums geschützt zur Verfügung zu haben, sondern auch darum, daß in großen Verbänden der Klassenkampf, das Klassenbewußtsein, die Klassenolidarität und die Erziehung der Massen viel mehr gefördert werden kann als in kleinen Berufsgruppen. Technische, praktische, administrative und gewerkschaftliche Gründe zwingen uns zur Fusion; wird sie auch heute nicht beschloffen — aufzuhalten wird diese Entwicklung nicht sein.

Im schließt sich der tschechische Delegierte Lahota vollinhaltlich an, indem er auf die Vorteile einer solchen Verschmelzung hinweist. Auch die Unternehmer werden davon das Zünftlerwesen ab; die Steinmetze hätten keine Ursache, es beizubehalten. Die Frage lautet: Bringt uns die Verschmelzung Schaden oder nicht? Durch den Partikularismus haben wir bisher nicht viel erreicht, die heutigen Verhältnisse zwingen schon aus

praktischen Gründen heraus zur Vereinigung mit der Bauarbeiter-internationale.

Martel (Belgien) ist gegen die Verschmelzung und gegen eine Beschlußfassung in dieser Richtung. In sieben Ländern mit circa 20 000 Mitgliedern sei die Verschmelzung vollzogen, in sieben anderen jedoch mit 120 000 Mitgliedern nicht. Ebenfalls seien die Verbände in den nordischen Staaten noch selbständig. Man möge zuerst die unter sich noch zersplitterten Steinmetzorganisationen der anderen Länder vereinigen und trachten, sie für die Internationale zu gewinnen (England und Amerika). Der Gedanke der Fusion habe nur in kleinen Ländern Fuß gefaßt, in großen aber nicht. In Frankreich seien bereits wieder Bewegungen zur Selbständigmachung im Gange. Belgien werde daher gegen eine Verschmelzung stimmen.

Müller (Oesterreich) glaubt, daß die Zeit für ein einheitliches Sekretariat mit den Bauarbeitern reif ist. In einer Reihe von Ländern seien zwar noch Berufsgruppen, aber auch dort sei die Fusionsbewegung schon stark im Rollen. Redner schildert dann die Verhältnisse der Steinmetze in Oesterreich, denen die Fusion mit dem Bauarbeiterverband nur Vorteile brachte. Er weist auf die praktischen Vorteile hin: Vereinfachung und Vereinheitlichung der Verwaltung, einheitliches Fachblatt, einheitliche Statistik, Korrespondenz und innigere internationale Verbindungen.

Siebold (Deutschland) sagt, daß die deutschen Delegierten im Prinzip zwar einer Verschmelzung zustimmen, aber den heutigen Zeitpunkt dafür noch nicht für reif erachten. Die Ausführungen des Kollegen Martel unterstreicht er. Einer internationalen Verbindung der beiden Sekretariate müsse logischerweise erst eine Fusion in den einzelnen Ländern vorausgehen; denn bei einem Hausbau fange man nicht mit dem Dach an. Redner verwahrt sich, daß aus dieser Haltung irgend welche Rückschlüsse oder Zünftlergeist herausgenommen werde. Auch persönliche Gründe seien hier nicht maßgebend, da gerade das Personal der Verbände durch eine Verschmelzung persönlich nur Nutzen habe. Man dürfe nicht die Verhältnisse vom Standpunkte Italiens, Oesterreichs usw. beurteilen, sondern vom allgemeinen. Die meisten kleinen Länder seien mit Ausnahme von Italien nicht aus Ueberzeugung, sondern aus der Not heraus zur Verschmelzung gekommen. In Deutschland ist die Meinung für die Industrieverbände noch sehr geteilt. Der Steinmetze hänge mit dem Baugewerbe infolge der Entwicklung des Bauwesens nur mehr ganz lose zusammen. Wenn die Fusion nur den Zweck haben soll, um nach außen hin eine große Zahl darzustellen, ohne aber dabei an Macht zu gewinnen, lehnen wir ab. Die Steinunternehmerorganisation in Deutschland ist vollständig selbständig. In der praktischen Arbeit für die Besserung der Existenzfragen unserer Kollegen andere die Verschmelzung nichts, höchstens sei eine Ersparrung von Verwaltungsgeldern zu erzielen. Der Verwaltungsapparat werde wahrscheinlich schwerfälliger. Bei der Entwicklung im Baugewerbe (Baugenossenschaften und Silden) laufen die Steinmetze Gefahr, durch eine Verschmelzung mit der Bauarbeiterinternationale das höchste Maß an Regen zu werden, infolge der wenigen Verwertung von Naturstein. Vorläufig sehen wir noch keinen greifbaren Erfolg in der fraglichen Angelegenheit und behalten uns ablehnend. Auch die skandinavischen Länder stehen auf demselben Standpunkt und er glaube, daß deshalb kein Vertreter von dort erschienen sei, weil dieser Punkt auf die Tagesordnung gesetzt worden sei. Redner faßt seine Ausführungen dahin zusammen: Wir halten die Frage der Verschmelzung noch nicht spruchreif und wünschen sie zurückgestellt, würden aber dafür sein, die Sache im Auge zu behalten und weiter zu prüfen. Die Steinindustrie mit ihren vielseitigen Fachgruppen ist eine durchaus selbständige große Industrie, und wenn es in den einzelnen Ländern mit ausgeprägter Steingewinnung und Verarbeitung gelingt, alle diese Branchen in einer Organisation zu vereinigen, dann ist sie sicher ein Industrieverband.

Nach der Mittagspause kam der Delegierte Kiesz (Ungarn) zum Worte. Er richtete an die Delegierten die Mahnung, daß es zu spät ist, wenn wir von den Arbeitgebern lernen wollen. Früher haben diejenigen von uns gelernt. Die Fusion ist notwendig. In Ungarn ist vom letzten Ziegelschläger bis zum bestbezahlten Architekten (?) alles schon im Bauarbeiterverband vereinigt, es fehlen nur noch die — Maler und Anstreicher, aber auch diese verhandeln bereits. Durch die Zugehörigkeit der Steinmetzverbände zu mehreren internationalen Sekretariaten entstehen Schwierigkeiten für die Organisationen, die im Baugewerbe vereinigt sind. Die Verschmelzung ist daher notwendig. Da aber wahrscheinlich auf der heutigen Konferenz kein Beschluß zustande kommen wird, stellt er den Antrag: „Die Protokolle dieser Konferenz sind an sämtliche Länder mit einem Zirkular des Sekretariats zu übersenden, mit dem Auftrage, daß die Frage diskutiert und in den einzelnen Ländern Abstimmungen, ob der Zusammenschluß gewünscht wird oder nicht, durchgeführt werden.“

Hausmann (Reichenberg) glaubt, daß die Debatte vom eigentlichen Thema abgewichen sei. Es handle sich nach seiner Ansicht weniger um die Verschmelzung der einzelnen Verbände in den Ländern, als um die Notwendigkeit der Vereinigung des Steinmetzsekretariats mit dem Bauarbeitersekretariat. Die Verschmelzung, daß, wenn einmal der Kopf beisammen sei, auch die Verschmelzung der Glieder kommen müsse, sei nicht ganz gerechtfertigt. Das Sekretariat könnte ganz anders ausgebaut werden, die Verwaltung würde vereinfacht, die internationalen Verbindungen besser ausgebaut. Man könne nicht nur aus Not, sondern auch aus Ueberzeugung für die Vereinigung beider Sekretariate sein. Er würde es gerne sehen, daß über diese Frage abgestimmt wird, damit zum Ausdruck gebracht werde, wer dafür sei und wer nicht.

In der weiteren Aussprache halten die Delegierten Lahota, Quaglino und Müller ihre Ansichten für die Verschmelzung aufrecht, wobei Müller darauf hinweist, daß die Situation für jene Landesverbände, die bereits mit dem Bauarbeiterverband verbunden sind, wegen der Beitragsleistung zu mehreren internationalen Sekretariaten schwierig werden könnte. Er tritt auch für eine Abstimmung noch in dieser Tagung ein. Quaglino erregt die Delegierten das Wort, um in temperamentvollen Ausführungen die Delegierten von der Notwendigkeit der Verschmelzung im Interesse des aufwärtstrebenden Proletariats zu bewegen. Er gibt auch zu bedenken, daß es die Arbeitererschaft nicht verstehen würde, wenn der Kongreß auseinandergehe, ohne Klarheit geschaffen zu haben, und weiterhin das Unikum bestehen lasse, daß ein und dieselbe Organisation verschiedenen Sekretariaten angehöre.

In ebenso zäher Weise halten Martel (Belgien), Lohse und Siebold (Deutschland) an dem gegenteiligen Standpunkt fest, wobei letzterer nochmals das prinzipielle Einverständnis für die

Zusammenlegung zum Ausdruck bringt, aber aus praktischen Organisationsgründen die Verschmelzung im jetzigen Zeitpunkt ablehnt. Die heutige Krise in der Steinindustrie könne durch eine Verschmelzung mit der Bauarbeiterinternationale oder einer solchen in eigenen Lande nicht behoben werden, da gehören ganz andere Vorbedingungen her. Lese gibt zu bedenken, daß den Mitgliedschaften der Verbände doch das Recht eingeräumt werden muß, sich mit dieser Frage eingehend zu beschäftigen.

Der als Gast anwesende Sekretär Kappeler des internationalen Bauarbeitersekretariats teilte seine Ansicht mit, daß er die Verschmelzung aller zu einer Industrie gehörigen Berufsgruppen für notwendig und praktisch halte. Eine gewisse Autonomie bleibe doch gewahrt. Der Kongress solle die Angelegenheit zwar nicht übers Knie brechen, aber die Sache auch nicht zu lange hinauschieben.

Quaglino (Italien) brachte hierauf nachstehenden Antrag ein:

„Der Kongress würdigt grundsätzlich die Bildung der Industrieverbände und beschließt die Fusion des internationalen Steinarbeitersekretariats mit der Bauarbeiterinternationale.“

Dieser Antrag wurde bei der länderweisen Abstimmung mit 88 Nein und 15 Ja bei einer Stimmenthaltung abgelehnt.

Dagegen wurde folgender Antrag Siebold mit 41 Stimmen Ja gegen 11 Stimmen Nein und einer Stimmenthaltung angenommen:

„Der 5. internationale Steinarbeiterkongress zu Innsbruck hält den Zeitpunkt zu einer Verschmelzung mit der Bauarbeiterinternationale noch nicht für gekommen, weil die Frage selbst in den einzelnen Ländern noch nicht genügend geklärt ist.“

Die Landesorganisationen der Steinarbeiter sind verpflichtet, bis zum nächsten Kongress die Stellung ihrer Mitglieder einzuholen, der dann erneut die Angelegenheit prüfen wird.

Der Kongress wünscht, daß beide Berufsinternationale (Bau- und Steinarbeiter) unterdessen immer Hand in Hand arbeiten, um eine möglichst umfassende Verbindung der Steinarbeiter aller Länder herbeizuführen.“

(Schlußbericht nächste Nummer.)

## Berliner Arbeitsnachweis.

Von einem Kollegen wird uns nachstehender Artikel mit der Bitte um Abdruck zur Verfügung gestellt. Ohne uns mit dem Inhalt in allem zu identifizieren und obgleich es eine rein örtliche Angelegenheit ist, bringen wir ihn der Sache wegen.

Aus dem Arbeitsnachweis ein Beispiel: Der Kollege Glas hat 20 Wochen den Arbeitsnachweis belagert, und noch immer wollte sich keine geeignete Arbeitsgelegenheit finden. Die geringer ersparten waren längst aufgebraucht und die Unterstützungen völlig unzulänglich. Da greift er wie ein Ertrinkender zum Strohalm, der ihm in Form einer 14-tägigen Arbeitsgelegenheit dem Arbeitsnachweis geboten wird, wohl wissend, wenn die Arbeit fertiggestellt ist, er wieder als Bekter auf dem Nachweis eingetragen wird, wo

dann das Warten auf Arbeit in der üblichen Weise von neuem beginnt. Doch bei allem Unglück hat er Glück. So ganz unter der Hand kann er auf einer anderen Stelle anlangen, wo ihm dauernde Arbeit winkt. Die dort arbeitenden Kollegen haben Mitleid und übergeben den groben Disziplinbruch damit, daß sie den Kollegen nicht denunzieren. Nur einer kann es sich nicht verkneifen; er bringt die Geschichte ins Rollen. Gelegentlich einer Platzvertreterprüfung wird der Uebeltäter ins Gebet genommen. Er berichtet wahrheitsgemäß und die Platzvertreter kommen zu der Ueberzeugung, daß gegen die Paragrafen in unverantwortlicher Weise verstoßen wurde. Zwar spricht sich der eine und der andere dahin aus, daß er es wohl vom menschlichen Standpunkt hersehe, wenn Glas dort angefangen hat, denn sie selber seien auch arbeitslos gewesen, sie ließen sogar durchblicken, daß der Kollege wohl auf Mühsal rechnen könne, wenn der Fall vor dem Plenum verhandelt würde, aber durchgehen dürfe man die Sache auf keinen Fall lassen, denn da wäre der Paragraph durchbrochen, und Ding und Krug würde sich gegebenenfalls auf den Fall Glas berufen und sagen: Was dem einen recht ist, ist dem andern billig. — Dieser Fall steht keineswegs vereinzelt da, sondern wiederholt sich arbeitende Kollegen aus den Betrieben geholt worden, weil der Paragraph durchbrochen war. Es lohnt sich daher, einmal diesen näher anzusehen, der so viele Nachteile für die Kollegen im Gefolge hat. Nach den geltenden Bestimmungen darf kein Kollege ein neues Arbeitsverhältnis eingehen, außer durch den Arbeitsnachweis. Schön! Denn wenn es anders wäre, so würde bald der Nachweis zu einem Ruheplatz für Arbeitslose herabgewürdigt werden, wie es in der Vorzeit die städtischen Arbeitsnachweise schon immer waren. Die Arbeit wird stets an die Kollegen vermittelt, die am längsten außer Arbeit sind. Dauert die vermittelte Arbeit nur bis zu 10 Tagen, so behält er seine Inanspruchnahme auf eine neue Stelle, dauert sie 11 Tage oder mehr, so hat er sie verwirkt und wird in der Kartei als Bekter gestellt, um die volle Karenzzeit noch einmal durchzulassen. Und hierin liegt nicht nur eine große Härte, das Spiel kann sich beliebig wiederholen; es ist jedoch eine Ungerechtigkeit, weil nach diesem System die Arbeitslosigkeit unter den Kollegen nicht ausgeglichen, sondern bei vielen um ein vielfaches verlängert wird. Und wehe ihm, wenn er zur Selbsthilfe greift; er wird erzwungen, das aus dem Betrieb geholt, oder vom Verband ausgeschlossen. Das ist so recht ein Paragraph nach dem Herzen der Glendstheoretiker, denn Unzählige sind schon durch ihn an den Bettelstab gebracht oder der Verzweiflung, dem Verbrechen in die Arme getrieben worden. Bekam man früher seine Arbeit, so schrieb man die Schuld der eigenen Ungeschicklichkeit im Arbeitsnachweis, heute trägt der Verband die Schuld. Der Verband hat nicht das Recht, unsinnige Vorschriften zu erlassen, er soll nicht das Elend der Kollegen fördern, sondern neben dem Bestreben, alle Kollegen zu glücklichen Menschen zu machen, muß er seine Maßnahmen so einstellen, das Elend unter den Kollegen möglichst gleichmäßig zu verteilen. Außerdem aber fördert dies System auch das Denunziantentum unter den Kollegen, was

auch dazu beiträgt, die Kollegen untereinander zu verfeinden, statt zusammenzuhalten; nicht zuletzt sind die Ergesse gegen die Gewerkschaftsführer und gegen die Kollegen untereinander auf das Konto dieses Paragrafen zu setzen. Hier muß unbedingt sofort eine Aenderung eintreten. Es genügt nicht, daß man im fallungsbollen Ton erklärt, man müsse die Paragrafen hochhalten. Nur noch kurze Zeit weiter auf diesem Wege, und der Verband verliert jegliche Autorität und muß in sich zusammenbrechen. Um dieses zu verhindern, möchte ich folgende Vorschläge zur Aenderung der Arbeitsnachweis-Bestimmungen:

1. Die Karenzzeit, die jeder Arbeitslose durchzumachen hat, zählt nicht von seiner Entlassung, denn dieser Standpunkt ist vom Bureaucratismus diktiert und hätte nur sozialen Wert, wenn jede Arbeit mindestens 1/4 Jahr dauerte, sondern bestimmend hierfür sind die in das letzte Jahr (also die letzten 52 Wochen vor der Entlassung) fallenden Erwerbslosen-Wochen. Statt Erwerbslosen-Wochen könnte man auch sagen Arbeitslosen-Wochen. Im ersten Falle könnte man alle die Wochen als erwerbslos bezeichnen, in denen keine Steuermarken geklebt wurden. Nach Feststellung derselben wird nach jeder weiteren Arbeitslosenwoche 1 Woche hinzugezählt. Die Arbeit wird nun immer dem zugeprochen, der die meisten Erwerbslosenwochen hat. Bei jeder wiederkehrenden Erwerbslosigkeit wiederholt sich das Spiel. Immer wieder kommen die letzten 52 Wochen in Betracht.

2. Nach folgender würde es wirken, wenn statt der Erwerbslosenwochen die Höhe des Lohns im letzten Jahre zugrunde gelegt würde. Hier würde auch ein Ausgleich geschaffen für die vielen Kollegen, die sich längere Zeit mit Kurzarbeit begnügen mußten. Hierzu wäre aber eine genau geführte Statistik nötig, welche die Löhne jeder Woche ohne jeden Zwang zur Darstellung bringt, oder aber die Unternehmer müßten sich verpflichten, den Kollegen bei jeder Entlassung eine Lohnausstellung nach demselben Muster auszuhandigen. Wäre nun der Verdienst der letzten 52 Wochen ermittelt, so wären wöchentlich die jeweils für Vorkarbeiter in Betracht kommenden Löhne hieron abzuziehen. Die Arbeit würde nun immer dem zugeprochen, der den geringsten Verdienst hätte. Bei jeder wiederkehrenden Arbeitslosigkeit wiederholt sich die Sache.

Rehnt ein Kollege die Arbeit ab, so schadet das nichts, ist dann ein Verzicht auf Arbeit, der den anderen Kollegen zugute kommt. Auch eine geeignete periodische Reklame könnte dem Arbeitsnachweis nicht schaden. Ferner wirkt es noch sozial, wenn der Nachweis möglichst wenig Listen führt. Für Berlin genügtigen zwei, eine für Stettin und eine für Berlin. Schriftführer, Verleger usw. und eine für Schleier inkl. Dreher, Hilfsarbeiter usw. Wenn neben dem Gesagten noch eine systematische Verfolgung der Arbeitszeit bei entsprechender Lohnberechnung tritt, und zwar so lange, bis nur noch etwa 10 Proz. aller Kollegen arbeitslos sind, so glaube ich, daß der Verband getan hat, was in seinen Kräften steht, um das größte Elend unter den Kollegen zu beseitigen, und die Medensart von der Geißel, die den am härtesten trifft, der sich nach den Paragrafen richtet, würde verschwinden. R. R.

## Die Bodenschätze Deutschlands an Natursteinen.

IV.

Aus der vorhergehenden summarischen, kurzen Uebersicht über die Bodenschätze Deutschlands an Natursteinen ergibt sich von selbst der Nachweis, daß wir in Deutschland einen ganz ungeheuren Reichtum wertvollsten Natursteinmaterials besitzen; ein überaus großer Schatz ungenutzten Nationalvermögens liegt im Boden unseres Vaterlandes. „Biel Steine gibt's und wenig Brat!“ Sorgen wir dafür, daß aus diesen Steinen Brat werde! Brot für unsere Arbeiter, Werte für das deutsche Nationalvermögen.

Das ist Pflicht einer einsichtigen Regierung, wie wirtschaftlich bedenkender Staats- und Gemeindeverwaltungen und aller in Betracht kommenden Kreise.

Der Vergleich mit dem Gesamt-Auslandsmaterial sowohl von Art- wie von Reichthum zeigt, daß Deutschland jeder ausländischen Konkurrenz gewachsen ist. — Deutsche Granite, Syenite, Diorite, Gabbros, Serpentine, Diabase, Basalte, Porphyre sind den ausländischen ebenbürtig.

Deutsche Skalle stehen denen aller benachbarten wie ferneren früheren Importländer gleich; das gleiche gilt von den deutschen Marmoren aller Art, die an Schönheit und Güte mühelos den Wettbewerb mit dem besten und schönsten italienischen Material aushalten.

Deutscher Sandstein wird gleichfalls von keinem Auslandsmaterial übertroffen und die deutschen Schiefer nehmen es voll und ganz mit den französischen und englischen auf. Daneben besitzt Deutschland in den verschiedensten Gebieten Material, in dem es die als Konkurrenten in Betracht kommenden Länder übertrifft, wo es entweder eine Monopolstellung schon innehat oder erringen kann.

Deutschland kann vor allem seinen eigenen Bedarf an Natursteinen vollkommen allein decken, es ist überdies von Natur aus dazu berufen, hierfür ein sehr leistungsfähiges Exportland zu sein!

Import fremdländischer Gesteinsmaterialien muß als unentbehrliche Verfündigung gegen die deutsche Volkswirtschaft, gegen die deutsche Industrie und — was das selbe ist — gegen den deutschen Arbeiter bezeichnet werden, denn dieser erhält seinen Lebensunterhalt von der Industrie. Arbeiter und Industrie haben das Recht, gefördert und geschützt zu werden.

Ebenso wenig wie wir Pariser Mode- und Luxuswaren oder englisches Schiefer und Stahlwaren importieren dürfen, ebenso wenig darf fremdes Steinmaterial deutsches Geld aus dem Lande loden.

Wir brauchen andere Rohmaterialien genug, die wir nicht haben, und es wäre ein Verrücktheit grenzenlos Vorzugehen, wollten wir zu dem vorzüglichen Rohmaterial, was wir in überreichem Maße besitzen, noch neues von außen herbeihäufen oder gar Fertigen aus Stein importieren. Gesundes folgerichtiges nationales und wirtschaftliches Denken muß da den rechten Weg und die richtigen Maßnahmen finden.

Damit soll natürlich nicht gesagt sein, daß gewisse Gesteine, auf die z. B. unsere Veredelungsindustrie angewiesen ist, wenn sie existenzfähig bleiben soll, vom Import z. B. aus Schweden völlig ausgeschlossen werden sollen, zumal zum Teil der Schifftransport sie billiger an Ort und Stelle schaffen kann, wie der Bahntransport manches deutsche Material. Wir dürfen da das Kind nicht mit dem Bade ausschütten und müssen realpolitisch denken und rationell arbeiten — aber der Hauptmasse nach muß die Lösung sein: Deutsches Material für Deutschland, sowie Lieferung der Materialien an das Ausland und nicht umgekehrt!

Staat und Gemeinde haben an der Frage der Rohmaterialien der Gesteinsbodenschätze ein Lebensinteresse; sollten es haben und müssen es zu haben lernen! Die Schätze sind da, sie brauchen nur gehoben und rationell verwertet zu werden.

Leider sind die Kenntnisse über diesen Teil des deutschen Nationalvermögens nicht sehr weit verbreitet; schiedliche, undeutsche Vorurteile für Ausländer spielt zum Teil an dieser Tatsache mit eine Rolle; eine bedauerlich große Rolle! Die Natursteinindustrie kann ein Lied — nein viele Lieder — davon singen, und sie können nicht erfreulich in unser Ohr!

Die Ursachen für das mangelhafte Verständnis in den vorliegenden Fragen liegen auf verschiedenen Gebieten. Wir müssen diese Ursachen aufzudecken und zu beseitigen suchen, wenn Besserung geschaffen werden soll!

In den deutschen technischen Hochschulen kommt vielfach das Fach der Geologie zu kurz, wobei es die Kenntnis über das Vor-

kommen, die Verbreitung und Beurteilung des Natursteinmaterials an die Studierenden des Bauingenieurfachs und der Architektur vermittelt bzw. vermitteln sollte!

Ja, vor kurzem wurde sogar, und das war auch in Deutschland, die Geologie als obligatorisches Examenfach für die künftigen Architekten und die Ingenieure des Straßen-, Wasser- und Tunnelbaus gestrichen oder sie wurde für die Architekten sogar nicht mehr unter die obligatorisch zuhörenden Fächer aufgenommen. Das gleiche Schicksal erlitten die Physik und die Chemie. Die Verhältnisse liegen an den verschiedenen Hochschulen verschieden, Tatsache aber ist, daß in diesen grundlegenden naturwissenschaftlichen Fächern in der Ausbildung der Ingenieure und Architekten, die bauen sollen, abgebaut wird! Das ist eine Tatsache, welcher Technik und Industrie das ernsteste Interesse haben, ihre vollste Aufmerksamkeit zu schenken.

Die moderne Industrie und Technik ist mit den Naturwissenschaften auf das engste verwachsen, wir können sagen aus ihnen herausgewachsen. Ohne die Naturwissenschaften gäbe es keine Technik! Und nun soll auf einmal der künftige Techniker und Ingenieur „aus Zeitmangel“ der gründlichen naturwissenschaftlichen Vorbildung verlustig gehen. Meines Erachtens bedeutet ein solches Vorgehen Untergraben der wissenschaftlichen Grundlagen der technischen Ausbildung.

Der junge Techniker, Architekt oder Ingenieur, muß vor allem auch lernen beobachten und aus dem Beobachteten die richtigen Schlüsse ziehen. Dazu sind die naturwissenschaftlichen Arbeitsmethoden eine unerlässliche Vorbedingung; dafür sind auch geologische Beobachten, geologische Kenntnisse, dafür ist technisch-geologisches Wissen — solides Wissen — wichtige Grundlage.

Bauingenieure und Architekten sind in Staat und Gemeinde, wie als Beauftragte von privater Bauende Seite diejenigen — sie sollten es wenigstens sein, und über tatsächlich die Funktion aus — die als „Sachverständige“ in den Bauämtern usw. die ausschlaggebende Rolle bei Beurteilung, Auswahl und Abnahme des Gesteinsmaterials spielen. Da tut es dringend not, daß sich die Studierenden der genannten Berufsgruppen die notwendigen soliden Kenntnisse in Geologie und Mineralogie, sowie in technischer Geologie aneignen und im Vor- und Diplomexamen darüber Nachenschaft ablegen, bevor sie als Sachverständige wirken.

Sie brauchen diese Kenntnisse schon allein deshalb, damit sie in der Lage sind, ein geologisches Gutachten richtig zu verstehen, oder bei dem Vorliegen widersprechender Gutachten selbst die entscheidende Wahl des richtigen Weges vom geologisch-technischen Standpunkt aus treffen zu können; das geht natürlich nicht ohne Kenntnisse.

Das Thema der Mineralogie und Geologie ist so umfangreich, daß es da mit einer sogenannten „enzyklopädischen Orientierung“, d. h. auf deutsch mit einem „Hineinsehen“ nicht getan ist. Nur bei längerer, erster Beschäftigung läßt sich dieses große Studiengebiet bewältigen, daß nutzbringende Anwendung in der Berufe erfolgen kann.

Ingenieur und Architekt müssen in der Lage sein, aus eigenem Wissen, Literatur und geologischer Karte festzustellen, wo das für ihre Zwecke geeignete Material herzuhaben ist; sie müssen wissen, welche Fundorte das beste Material für den vorliegenden Fall liefern, und welche Vorbedingungen ihnen in nächster Nähe zur Verfügung stehen, schon damit sie auch besonders heutzutage die hohen Transportkosten und die unnötige Belastung der Bahn vermeiden.

Architekt und Ingenieur müssen ferner imstande sein, die Qualität des Materials zu beurteilen; sie müssen über Festigkeit, sowie über Verwitterungsvorgänge, ihre Ursachen und Folgen Bescheid wissen und die verschiedenen Prüfungsverfahren kennen; sie sollten auch in der Lage sein, zwischen den Zeilen eines Prüfungsprotokolls zu lesen.

Daß Architekten und Ingenieure auch in der Lage sein sollten, in einer der wichtigsten Fragen ihres Berufs, der Beurteilung des Baugrundes gleicher Art, auf über in welchem sie ihre Werte errichten, ein eigenes, sachverständiges Urteil abzugeben, sei an dieser Stelle nur nebenbei gesagt. Zu alledem gehören gründliche Kenntnisse, und die lassen sich eben nur durch entsprechendes Studium erwerben.

Die Stein- und Bauindustrien haben aus den genannten Gründen alle Veranlassung, von den Hochschulen und vom Staat gründliche Ausbildung in Geologie usw. von allen benen zu verlangen, die als „Sachverständige“ die Lieferungen der Produkte ihrer Industrien zu vergeben haben, und die das abzuliefernde Material beurteilen und abnehmen. Die Einschätzung z. B. des Gesteinsmaterials für Verwendung zu den verschiedensten Zwecken muß durch wirkliche Sachverständige erfolgen. Das muß erreicht werden, und ist es erreicht, dann ist schon ein guter Schritt vorwärts getan.

Ich habe weiter dem Reichsverband der Deutschen Steinindustrie den Vorschlag gemacht, eine wissenschaftliche For-

schungs- und Untersuchungszentrale für geologisch-technische Arbeiten, wie sie jetzt in Gestalt des Geol.-tech. Laboratoriums an der Techn. Hochschule Karlsruhe geschaffen wird, zu unterstützen. Durch ein solches Laboratorium wird die rationelle Arbeit auch in der Steinindustrie mehr und mehr gefördert werden, und zwar durch:

1. Unterstützung der geol.-tech. Forschung.
2. Ausgestaltung einer geol.-tech. Bücherei (Auslandliteratur!).
3. Förderung des geol.-tech. Unterrichts (auch Arbeiterkurse usw.).
4. Geol.-tech. Aufklärung.

Eine eingehendere Denkschrift wird diese Fragen behandeln.

Jedenfalls ist es unbedingt notwendig, daß die Industrie hier wie überall in enger Fühlung mit der Wissenschaft arbeitet, notwendig in ihrem eigenen Interesse.

Mit der Sachverständigenfrage steht in engstem Zusammenhang die Preisfrage. Es darf nicht vorkommen, daß die Vergütung von Lieferungen lediglich oder in erster Linie auf Grund der Billigkeit erfolgt — wie dies bedauerlicherweise nur zu oft geschieht. Stets muß die Qualität an erster Stelle stehen und Ausschlag geben.

Selbstverständlich ist z. B. ein Granit mit beginnender oder gar mit weiter fortgeschrittener Feldspatverwitterung leichter zu bearbeiten und kann daher billiger sein als ein gefunder. Er darf aber dann nicht z. B. für Pfasterzwecke einem teureren, gefunder vorgezogen werden, wie dies z. T. aus Mangel an Kenntnis und Einsicht geschieht. Es gibt solche Fälle, die zum Teil auf kurzfristige Sparbarkeit, zum Teil auf mangelhafte Kenntnis der abnehmenden Instanzen zurückzuführen sind.

Ich kenne Fälle, wo z. B. von staatlichen Behörden stark kaolinisierte Granite als Fluchbaumaterial wagonweise verwendet wurden, oder wo als Grenz- und Bemerkungssteine glimmerreiche feinschichtige — billige — Sandsteine gewählt wurden. Nach acht Jahren stehen die letztgenannten aufgeblickt da, oder sind verschwunden. Folge: Notwendigkeit des Sehens neuer, guter, teurer Steine und Ausführung neuer Vermessung!

Allbekannt ist die Verwendung zu weicher Sandsteine als Treppentufen in vielbegangenen öffentlichen Gebäuden, sowie falsches Einbauen der Sandsteine parallel zum Lager usw. Lauter Beweise für mangelhafte Beurteilung und falsche Verwendung des Materials; ich bitte zur Aufstellung einer möglichst vielgestaltigen Liste solcher Vorkommnisse um Mitteilung ähnlicher beglaubigter Tatsachen.

Eine derartige Gebarung ist Sparbarkeit am falschen Platz, sie ist Vergewendung schlimmster Art, und so etwas dürfen wir uns, besonders in der heutigen schweren Zeit, nicht erlauben. Hauptgrund für die gemachten Fehler aber ist in erster Linie mangelhafte Erziehung zur Beobachtung und sachliche Unkenntnis der „Sachverständigen“.

Weiter ist für eine rationelle Wirtschaft von Staat, Gemeinde und Privatunternehmungen zu fordern, daß im allgemeinen — bei gleicher Brauchbarkeit — das bodenständige Material aus der Nähe dem der entfernteren Fundorte vorgezogen wird. Wir dürfen es uns heute nicht mehr leisten, Gesteine meilenweit mit der Bahn heranzufahren zu lassen, wenn in nächster Nähe gleichwertiges Material zu haben ist.

Architekten und Ingenieure müssen daher nicht nur nach Preislisten bestellen, sondern auch imstande sein, topographische und geologische Karten zu lesen und voll auszuwerten.

Wenn die Förderung nach der Kenntnis der reichen Schätze Deutschlands an Natursteinen, wie nach Sachkunde in der Beurteilung des Materials, seiner Vorzüge von künstlichen Gesteinen usw. eine der wichtigsten Grundlagen für die Hebung und Förderung der Natursteinindustrie ist, so ist die Frage nach der rationellen Ausgestaltung der Betriebe eine zweite, überaus wichtige Angelegenheit, die ich naturgemäß nur kurz streifen kann.

Kleinbetriebe in der Steinbruchindustrie sind nur in den seltensten Fällen angebracht, sie pflegen meist bald einzugehen und haben große Verluste an Nationalvermögen zur Folge.

Schon die Abraumfrage allein pflegt meist den kleinen Unternehmer zugrunde zu richten. Vereinigung kleiner Unternehmer und großzügiger Organisation der Betriebe ermöglicht allein wirtschaftliches Arbeiten.

Wichtigste Vorbedingung vor Anlage und Erweiterung der Betriebe ist exakte geologische und petrographische Untersuchung des Bruchabbaus.

Es ist Sache der technischen Geologie, dabei die bewährten wissenschaftlichen Methoden anzuwenden, neue praktische Methoden auszuarbeiten; Wissenschaft und Technik müssen dabei eng miteinander arbeiten, sonst wird ziellos Kapital vergeudet. Es ist allbekannt, daß viele Vermögen von jetzt verlassenen Brüchen und Gruben verschlungen worden sind; die Beträge dafür gehen in die Millionen, und solche Vergewendung dürfen wir uns nicht leisten.

# Die neue Gestalt der Invalidenversicherung.

Das „Gesetz über die anderweitige Festsetzung der Leistungen und der Beiträge in der Invalidenversicherung vom 28. Juli 1921“, ist soeben im Reichsgesetzblatt (S. 984) veröffentlicht worden. Die Neuerungen sind sehr einschneidender Art und interessieren daher die Arbeiter stark. Zweck und Wirkung der Veränderung ist bekanntlich hauptsächlich, den Landesversicherungsanstalten wesentlich erhöhte Einnahmen zukommen zu lassen.

Die bisherigen fünf Lohnklassen werden mit dem 1. Oktober 1921 aufgehoben und es treten von diesem Zeitpunkt an acht neue Klassen an ihre Stelle, und zwar:

Klasse	Jahresarbeitsverdienst	Wochenbeitrag
A	bis zu 1000 M.	3,50 M.
B	von mehr als 1000 " " 3000 "	4,50 "
C	" " " 3000 " " 5000 "	5,50 "
D	" " " 5000 " " 7000 "	6,50 "
E	" " " 7000 " " 9000 "	7,50 "
F	" " " 9000 " " 12000 "	9,00 "
G	" " " 12000 " " 15000 "	10,50 "
H	" " " 15000 "	12,00 "

Die Beiträge werden bekanntlich je zur Hälfte von den Arbeitgebern und Arbeitnehmern getragen, so daß z. B. in der Klasse B jeder Teil wöchentlich 4,50 Mark bezahlen muß.

Die bisherige umständliche Berechnung des Jahresarbeitsverdienstes nach den Grundlöhnen der Krankenkasse fällt weg. Es gilt in Zukunft der tatsächliche Jahresarbeitsverdienst, der natürlich auf den Wochen- und wenn nötig auf den Tagesverdienst zu zerlegen ist. Die Versicherung in einer höheren als der zuständigen Lohnklasse ist nach wie vor erlaubt. Lehnt der Arbeitgeber den höheren Beitragsanteil ab, muß ihn der Versicherte mit bezahlen.

Die bisherigen Witwen- und Waisenaussteuern (einmalige Abfindungen, wenn die Witwen selbst Beiträge zur Versicherung entrichtet hatten) kommen in Wegfall. Die bis zum 1. Oktober geltend gemachten Anträge auf solche Leistungen müssen noch nach den bisherigen gesetzlichen Bestimmungen erledigt werden. In dem Erlöschen der Anwartschaft (§ 1280 der Reichsversicherungsordnung) sind Erleichterungen eingetreten. Nach wie vor erlischt grundsätzlich die Anwartschaft, wenn während zweier Jahre nach dem auf der Quittungstarke bezeichneten Ausstellungszeitpunkt weniger als 20 Wochenbeiträge entrichtet worden sind. Die Anwartschaft gilt aber nicht als erloschen, wenn die zwischen dem erstmaligen Eintritt in die Versicherung und dem Versicherungsfall liegende Zeit zu mindestens drei Vierteln durch ordnungsmäßig verwendete Beitragsmarken belegt ist. Tritt z. B. jemand mit seinem 16. Lebensjahr in die Versicherung ein, und wird er mit seinem 40. Jahr invalide, so muß er für die dazwischen liegende Zeit von 24 Jahren mindestens 18 Jahre mit Marken belegen, also 18 mal 52 = 936 Beitragsmarken nachweisen.

Die Rentenhöhe bleibt im allgemeinen dieselbe. Trotz der Geldentwertung wird der Reichszuschuß (50 Mark für jede Invaliden-, Alters-, Witwen- und Waisenrente und 25 Mark für jede Waisenrente) nicht erhöht. Den gegenwärtig vorhandenen Renteneinküpfen wird die bisherige Zulage von 70 Mark für jede Invaliden-, Kranken- oder Altersrente, 55 Mark für jede Witwenrente und 30 Mark für jede Waisenrente weiter gewährt. Die neue Rentenberechnung ist etwas anders aufgebaut. Der Grundbetrag der Invalidenrente ist in jeder Lohnklasse einheitlich 360 Mark, die Steigerungssätze sind etwas erhöht. Außerdem wird bis auf weiteres zu den neu festzusetzenden Renten ein jährlicher Zuschuß von 600 Mark, bei den Waisenrenten nur von 300 M. gewährt. Trotzdem werden vorläufig auch die neu festzusetzenden Bezüge nicht wesentlich höher sein als die bisherigen. Nur erst wenn im Laufe der Zeit die Versicherten Gelegenheit hatten, in den neuen höheren Klassen Beiträge zu entrichten, für die dann höhere Steigerungssätze in Anrechnung kommen, ist später auf höhere Renten zu rechnen, sofern eben nicht die jehigen außerordentlichen Zuschüsse herabgesetzt werden. Eine wesentliche Ausgestaltung haben die bisherigen Kinderzulagen zu den Renten erfahren. In Zukunft betragen diese: 98 Mark jährlich, wenn ein solches Kind vorhanden ist, 168 bei zwei und für jedes weitere Kind 48 Mark. Elternlose Einzel unter 15 Jahren, deren Unterhalt der Empfänger der Invalidenrente ganz oder überwiegend bestreitet, werden den Kindern unter 15 Jahren gleichgestellt.

Eine wesentliche Neuerung wird noch dadurch gebracht, daß in Zukunft eine Rente aus der Invaliden- oder Hinterbliebenenversicherung auch in vollem Umfange neben einer Rente aus der Unfallversicherung gewährt wird. Bisher trat eine Kürzung ein, wenn ein gewisser nicht allzuhoher Betrag überschritten wurde. Krankheitszeiten, in denen ein Versicherter nachweislich verhindert gewesen ist, seine Berufstätigkeit fortzusetzen, werden als Beitragswochen der Lohnklasse B angerechnet. Der Reichsarbeitsminister kann bestimmen, in welchen weiteren Fällen eine solche Anrechnung stattfindet. In der Vermögensverwaltung der Versicherungsanstalten tritt eine Änderung insofern ein, als die ganzen seitherigen Vorschriften über die „Gemeinlast“ und die „Sonderlast“ in Wegfall kommen. Sie bildeten auch nur eine ganz unnütze Verwickelung der Verwaltung. Dafür ist folgendes bestimmt worden: Jeder Versicherungsträger, also jede Landesversicherungsanstalt, wird mit einem Teil der Beiträge belastet, die an Empfänger von ihm festgesetzter Renten gezahlt worden sind. Alle übrigen Zahlungen werden, soweit sie nicht dem Reiche zur Last fallen, auf sämtliche Versicherungsträger nach Maßgabe ihrer Beitragsentnahmen in den letzten drei Geschäftsjahren verteilt. Damit wird gewissermaßen eine einheitliche Risikogemeinschaft aller Versicherungsträger geschaffen.

Die Zusatzrenten, die durch freiwillige Zahlung von Zusatzmarken erworben werden konnten, kommen wie diese in Wegfall. Diese Einrichtung hat sich zwar nicht bewährt, was in der ganz geringen Benutzung zum Ausdruck kommt. Empfänger einer Zusatzrente erhalten den Kapitalwert der Rente als Abfindung. Wer Zusatzmarken entrichtet hat und dafür eine Rente noch nicht erhält, kann innerhalb fünf Jahren die Erstattung des Wertes der Zusatzmarken verlangen.

Schließlich sind noch eine Reihe von Uebergangsvorschriften vorgesehen. Ansprüche und Leistungen, über die das Feststellungsverfahren zur Zeit schwebt, unterliegen schon den neuen Vorschriften. Ihre Nichtanwendung gilt auch dann als Revisionsgrund, wenn das Oberversicherungsamt sie noch nicht anwenden konnte. Die „Sonderanstellungen“, wie die Norddeutsche Knappschaftspensionskasse usw. müssen sich dem neuen Gesetze anpassen. Ungültig gewordene Beitragsmarken können innerhalb zwei Jahren bei der Post in Marken gleichen Geldwertes umgetauscht werden. — Das neue Gesetz enthält manche Unklarheiten noch, die erst durch die Praxis und die Rechtsprechung geklärt werden müssen.

## Der Bundesauschuß des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes zur jetzigen Teuerung.

Der Bundesauschuß des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes hat am 18. August durch Annahme nachstehender Entschlüsse zur jetzigen Lage der Arbeiterschaft und zu den bevorstehenden Lohnbewegungen Stellung genommen:

I. Die von der Mehrheit des Reichstags beschlossene Brotverteuerung bedeutet eine schwere Gefährdung der Lebenshaltung der Arbeiterschaft. Die Erhöhung der Kohlensteuer und die neuen Steuerpläne der Regierung vermehren die Gefahren für die Existenz der Arbeiter in ungeheurem Maße. Der Ausschuß des ADGB ruft deshalb die deutsche Arbeiterschaft auf, sich gegen die drohende Herabdrückung ihrer Lebenshaltung mit aller Kraft zur Wehr zu setzen.

Die Gewerkschaften, die rechtzeitig gewarnt und die Brotverteuerung vergeblich bekämpft haben, haben jetzt die Pflicht, den Kampf der Arbeiter um ausreichende Lohnerhöhungen mit allen Mitteln zu unterstützen. Die Durchführung der erforderlichen Lohnbewegung ist Aufgabe der einzelnen Verbände, denen hierbei die Pflicht obliegt, die Solidarität der gesamten Arbeiterschaft hochzuhalten. Der Vorstand des ADGB wird beauftragt, den Verbänden im einzelnen und in ihrer Gesamtheit in der bevorstehenden allgemeinen Lohnbewegung jede mögliche Hilfe zu leisten. Die eingeleitete Verbindung mit den anderen Gewerkschaftsrichtungen, sowie mit den Gewerkschaften der Angestellten und Beamten ist aufrechtzuerhalten, um der Bewegung durch eine geschlossene Einheitsfront aller Lohn- und Gehaltsempfänger einen so größeren Erfolg zu sichern.

Die Arbeitgeber aller Berufe und Industriezweige werden gewarnt, nicht durch Abweisung der notwendigen Lohnforderungen große Arbeitskämpfe und die daraus sich ergebenden neuen Erschütterungen des Wirtschaftslebens herbeizuführen. Ernste Pflicht der Regierungen und Behörden, sowie aller derjenigen, denen die Erhaltung und Stärkung der deutschen Volkskraft obliegt, ist es, der Arbeiterschaft in ihrem Existenzkampf tatkräftig beizustehen.

### II.

In dem Maße, als die Preissteigerungen eine Erhöhung des Lohnneinkommens bedingen, müssen auch die aus Unfall-, Alters- oder Invalidenrenten bestehenden Einkommen, die schon lange hinter der Teuerung weit zurückgeblieben sind, sowie die Unterstützungssätze der Erwerbslosen und der Kranken aufgebessert werden. Die Gewerkschaften fordern von den verantwortlichen Verwaltungsbehörden und den parlamentarischen Vertretungen des Volkes, in Reich, Ländern und Gemeinden, daß sie sich ihrer Pflicht auch gegenüber diesen Notleidenden bewußt sind und zu ihrer Erfüllung notwendigen Maßnahmen mit Eile beschließen.

### III.

Die Gewerkschaften beurteilen, daß die neuen Steuerpläne der Reichsregierung vorwiegend den Verbrauch belasten sollen. Dieser Weg führt lediglich zu neuen ungeheuren Preissteigerungen, die ihrerseits die Steuereinnahmen des Reiches zum größten Teile wieder aufheben und drückt den Reallohn der Arbeiterschaft weiter herab.

Die Miessleistungen, die das Reich jetzt aufzubringen hat, dürfen nicht in bisher gewohnter Weise auf den letzten Verbraucher abgewälzt werden. Es ist vielmehr ein Steuerhütem zu fordern, das in erster Linie die von der Geldentwertung seither unberührt gebliebenen Sachwerte, insbesondere die in Industrieerwerb und im Boden ruhenden Kapitalwerte erfasst, sie zugunsten des Reiches belastet und das Reich an den Erträgen des mobilen und immobilien Kapitals teilnehmen läßt.

Die Gewerkschaften verlangen, daß in der Steuererhebung Wege eingeschlagen werden, die eine Herstellung des Gleichgewichts im Haushalt des Reiches der Länder und Gemeinden ermöglichen ohne weitere Zuhilfenahme der Notenpresse. Denn die Vermehrung der Papiergeldflut ist eine der ersten Ursachen der Preissteigerungen und das größte Hindernis eines wirksamen Preisabbaues.

### IV.

Am in Zukunft weitere Preissteigerungen und die damit fortschreitende Verarmung der Volksschichten zu verhindern, ist eine Änderung der Wirtschaftspolitik in der Richtung zur Gemeinwirtschaft (Vergesellschaftung der Produktionsmittel) unabwendbar. Das nächste Ziel einer neuen Wirtschaftspolitik muß sein, den Produktionswert erheblich zu steigern, die Unkosten aber zu verringern und dadurch die Produkte zu verbilligen. Weides ist möglich in einer Wirtschaftsordnung, die alle Kräfte und Hilfsquellen in rationaler Weise der Produktion nutzbar macht, die inneren Reibungen unwirtschaftlicher und übertriebener Wettbewerbsverhältnisse beseitigt und die einzelnen bisher zusammengehaltenen oder nur noch Profitinteressen zusammengefaßten Wirtschaftszweige organisch und gemeinwirtschaftlich verbindet.

Die Not des deutschen Volkes und der Zwang zur Sparsamkeit verbieten es, die Vergewöhnung von Material und Kräften fortzusetzen, die mit der unorganisierten nicht auf die Bedarfsdeckung, sondern auf Gewinnerzielung eingestellten Einzelbetriebswirtschaft verbunden ist.

Indem die Gewerkschaften eindringlich auf diese Notwendigkeiten hinweisen, fordern sie die verantwortlichen Stellen im Reich, auf die geeigneten Wege zu suchen und vorzuschlagen, die zu einer solchen Umstellung der Wirtschaft führen können. Sie erklären selber sich bereit, mit ihren Kräften an der baldigen Lösung dieser Aufgabe mitzuwirken.

## Amsterdam gegen Moskau.

### IV.

Die andere Alternative: Klassenkampf oder Arbeitsgemeinschaft, ist fast nicht abzurufen.

Es darf nicht geahnet werden, daß die Kommunisten sich einer von den Massen gewollten Aktion entgegenstellen, weil die Ziele dieser Aktion reformistisch oder illusionär erscheinen. Die Kommunisten müssen im Gegenteil bei derartigen Gelegenheiten auf eine Steigerung der Aktion hinarbeiten und während des Kampfes wie nach seinem Abschluß die Massen davon überzeugen, daß es heute nicht möglich ist, im Rahmen des Kapitalismus Verbesserungen der Lebenslage der Arbeiter durchzuführen. Aus den Lehren solcher Teilkämpfe um reformistische Ziele werden die Massen mit Unterstützung unserer Genossen die Einsicht schöpfen, daß es gilt, die Macht des Proletariats gegen den Kapitalismus selbst einzusetzen. Jeder Massenkampf ist heute ein revolutionärer Kampf, auch wenn sein unmittelbares Ziel reformistisch ist. Deshalb müssen sich die Kommunisten in den Gewerkschaften zum energischen Führer machen bei Lohnforderungen, Betriebskämpfen im Kampf um das Mitbestimmungsrecht, um die Kontrolle der Produktion, im Kampf gegen das Arbeitslosentum, die sich auf dem Gebiete des Arbeiterschutzes und des Frauen- und Jugendschutzes abspielen. Wenn die Kommunisten in den Gewerkschaften diese Taktik anwenden, ist ihr Erfolg verbürgt.

Dieses entschiedene Bekenntnis zum Reformismus stammt nicht von einem „opportunistischen Spitzel“, sondern aus einem Leitartikel der roten Fahne, der sich mit dem Kongreß der roten Gewerkschaftsinternationale beschäftigt. Wäre es wirklich nicht möglich, selbst innerhalb der kapitalistischen Gesellschaft Verbesserungen in der Lebenslage der Arbeiter durchzuführen, so wäre es sinnlos, reformistische Aktionen anzuraten. Aber im Widerspruch zu ihren Auftritten wissen die Kommunisten im stillen recht gut, daß solche Verbesserungen nicht nur möglich sind, sondern auf ökonomischem, rechtlichem und politischem Gebiet zu den unbestreitbaren Tatsachen des letzten Vierteljahrhunderts und zumal der allerletzten Jahre gehören. Daher die freilich kommunistisch verschämte Begeisterung für reformistische Erfolge: Wasch mir den Pelz, aber mach mich nicht naß.

Allerdings, die bisherigen Errungenschaften sind nicht „letzte revolutionäre Ziele“. Kein Gewerkschafter behauptet diese Albernheit. Es sind erste Stappen auf dem Wege zur Sozialisierung der Produktionsmittel. Keine Arbeitsgemeinschaft zwischen Unternehmern und Arbeitern kann und wird innerhalb der kapitalistischen Gesellschaft jemals das Ende des Klassenkampfes bedeuten. Wären irgendwo einzelne Gewerkschaftsführer dieser Ansicht, sie wären nicht imstande, das geschichtliche Gesetz außer Kraft zu setzen, daß der Klassenkampf ein Element des wirtschaftlichen Lebens ist, solange ein System in der Macht bleibt, in dem stets das arbeitende Volk das Opfer periodischer Wirtschaftskrisen wird.

Arbeitsgemeinschaften sind lediglich Kaufen des Klassenkampfes, Verständigungen, die einen Erfolg bedeuten und auf kürzere oder längere Zeit den offenen Gegensatz zurückdrängen können. Kein Kampf kann ununterbrochen geführt werden; Uebermüdung, Ueberhebung der Truppe ist eine größere Gefahr für die Disziplin als rechtzeitiger Abbruch des Kampfes. Die Uebertreibung des Revo-

lutionsgedankens gefährdet den Sieg der Arbeiterbewegung mehr als die besonnenere Schonung ihrer Kraft.

Die russische Revolution hat viele so bewirkt, daß sie sich dem Klassenkampf nur noch als blutigen Bürgerkrieg vorstellen können. Sie können nicht über den Oktober 1917 zurückdenken. Als hätte es noch nie in der Geschichte Radikalismus gegeben, bilden sie sich ein, man könne seiner nicht müde werden. Es ist ein folgenschweres Irrtum, zu glauben, daß revolutionäre Begeisterung Jahre hindurch täglich frisch gekeltert werden könne. Auch nicht aus Rußland kann man sie auf die Dauer importieren. Es ist recht gut möglich, daß eines Tages die Sowjetregierung die Ausfuhr „revolutionären Glanz“ verbietet, weil sie „seit ihrem Eintritt in das bestehende Weltsystem der Staaten viele Rücksichten nehmen muß.“ Die russische Regierung scheint die Jahre des Sturms und Dranges hinter sich zu haben. Lenin warnt schon vor den Ueberkommunisten, denen die Weltrevolution auf den Nägeln brennt, und die kommunistische Internationale wird ihrem Vorbild nachzusehen und konervative Manieren bekommen.

Während die Moskauer allmählich den Weg nach rechts antreten, wird die erstarrte Reaktion der Internationalen Gewerkschaftsbund zu immer schärferem Kampfe bereit finden. Seine „Kompromisse“ sind nur Stappen auf dem Wege nach links. Die Kompromisse der Moskauer weisen in entgegengesetzte Richtung. Es werden nicht die Schaumspiegel der Weltrevolution sein, sondern die Klassenbewußten, erprobten Streiter, die in der Amsterdamer Internationale sich zum Kampf gegen die Reaktion zusammengeslossen haben, denen die Befreiung der Arbeiter und der Aufbau der Produktionsdemokratie gelingen wird.

## Aus den Zahlstellen.

**Rammelsbach (Pfalz).** Der Schiedspruch vom 30. Juli 1921 für das gesamte pfälzische Pfälzer- und Schottersteingebiet wurde trotz der minimalen Erhöhung der Löhne von den Unternehmern bzw. von der Geschäftsstelle der S. W. G. Neufeldt Herrn Syndikus Frisch abgelehnt. Es steht fest, daß ein großer Teil der Unternehmer einen Tag vor der Ablehnung nicht wußte, ob der Schiedspruch angenommen oder abgelehnt wurde. Wir werden später noch darauf zurückkommen. Nun ist die Verbindlichkeitsklärung beantragt und ist am Mittwoch, dem 31. August, nachmittags 3 Uhr, vorm Sozialministerium in München verhandelt worden. Die Bezirksleitung von Rammelsbach, Kollege Grass, hat selbstverständlich die Angelegenheit dort vertreten. Resultat wird in der kommenden Nummer bekanntgegeben.

**Seehausen.** Am 2. August tagte eine vom Bezirksleiter Hermann geführte Versammlung vom Betrieb Eiserfelder, Haas. Auch die Kollegen vom Linger Betrieb hielten sich eingefunden. Der Bezirksleiter führte den Kollegen die Teuerung vor Augen und begründete in interessanten Ausführungen die Notwendigkeit der Organisation. Zum Schluß kam es zur Wahl eines Vorsitzenden, da der Kollege Preis bisher Vorsitzender und Kassiererfunktion zu versehen hatte. Auch ist die Zahlstelle seit kurzer Zeit von 24 auf 34 Mitglieder gestiegen. Vorsitzender wurde Adolf Hoff, Kassierer Karl Preis, beide in Seehausen.

**Ebenfetten.** Am 20. August fand im Gasthaus Hübner eine Mitglieberversammlung statt. Der Vorsitzende Schnellborfer gab Bericht von der am 14. August in Passau stattgefundenen Konferenz, die sich mit dem Verlauf der geforderten Teuerungszulage beschäftigte hat. In eindringlichen Worten ermahnte der Vorsitzende die Kollegen, daß in der schwierigen Lage, in der wir uns befinden, ein jeder seinen Mann stelle und das „Gintenerum-Gerede“ unterlasse, sich dafür aber an den Versammlungen, wo der Platz zur Aussprache sei, recht fleißig beteilige. Entgegen von unberufener Seite gegen unseren Vorsitzenden kommenden Anwürfen wurde ihm einstimmig das Vertrauen ausgesprochen und er gebeten, auch weiterhin so wie bisher für die Kollegen zu wirken. Zum Kassierer wurde Joseph Ernst gewählt.

**Saalburg.** Am 23. Juli 1921 hatten die Kollegen der Saalburger Marmorwerke G. m. b. H. eine Lohnforderung an die Firma eingereicht. Gauleitung und Betriebsrat versuchten auf dem Verhandlungswege, der Teuerung entsprechend, einen Ausgleich mit der Firma zu finden, letztere bewilligte nach langer Verhandlung eine Zulage bis 25 Pf. und für die Verheirateten eine monatliche Beihilfe von 10 M. aufwärts. Gauleiter und Betriebsrat konnten dieses Angebot nicht annehmen und legten es den Kollegen in der Versammlung vor. Mußte doch mit in Betracht gezogen werden, daß mit den alten Löhnen (Steinmeken 4,10—4,80, Schleifer 3,60 bis 4,60, Hilfsarbeiter 3,90—4,40 M., mitingerechnet die monatliche Beihilfe) kein Auskommen war, denn hier sind die Lebensmittel genau und mitunter teurer als in der Stadt, weil hier die Transportkosten von der Bahn mit bezahlt werden müssen. Nachdem Kollege Mühle den Kollegen klargemacht, was ein Streik bedeutet und was er schließlich für Folgen haben könnte, wurde der Streik beschlossen. Nachmalige Versuche, vor der ArbeitsEinstellung zur Einigung zu kommen, scheiterten. Die Grabsteinfirma Ehrhardt u. Hauser bewilligte den Kollegen 45 Pf. pro Stunde und gab die Zulage, in kürzester Zeit mehr zu geben. Vom Marmorwerk wurden bei der Auszahlung den Kollegen die Entlassungspapiere zugestellt. Jetzt heißt es einig und geschlossen zusammenstehen, nicht beirren und beeinflussen lassen, nur dann wird der Kampf Früchte bringen.

**Lauterbach.** Die am 31. Juli 1921 stattgefundene Versammlung bei Theodor Schneider, die gut besucht war, beschäftigte sich wieder mal mit unserer Lohnbewegung, die sich seit März schon hinauszieht. Der Schlichtungsausschuß in Kusel fällt am 30. Juli folgenden Spruch: Alle männlichen Arbeiter über 19 Jahre mit einem Stundenlohn von 5 Mark erhalten eine Zulage von 8 Proz. und jene mit einem Stundenlohn von über 5 Mark 5 Prozent, rückwirkend 1. Juli 1921 ausschließlich der sozialen Zulage, die für jedes Kind der Verheirateten unter 14 Jahren 20 Pf. pro Stunde beträgt. Nach eingehender Debatte wurde darauf der Schiedspruch mit Zweidrittel-Mehrheit angenommen. Kassierer Hornung gab noch den Rassenbericht vom 2. Quartal. Unter Punkt „Verschiedenes“ wurde noch das Verhalten einiger Kollegen des Betriebes Wenzelberg gerügt und den Kollegen wie dem Betriebsrat aufgegeben, die Betreffenden auf ihr berufliches Tun aufmerksam zu machen. Im Wiederholungsfalle behalten sich die Kollegen der Zahlstelle das weitere vor. Nach einem Schlußwort des Vorsitzenden, der zur Einigkeit und Zusammenhalt mahnte, fand die Versammlung ihr Ende.

**Erfurt.** Seit dem 3. August stehen die hiesigen Steinarbeiter im Kampfe für eine Lohnerhöhung. Gefordert werden 20 Prozent Lohnerhöhung, was bei der Preissteigerung nur minimal ist. Wenn wir nun bei den Unternehmern ein Einsehen zu finden hoffen, hatten wir uns arg getäuscht. Vielleicht hatten diese eher an einen Abbau gedacht. In einer Verhandlung wurde unserer Tarifkommission, bei der sich auch Gauleiter Mühle befand, seitens der Herren Unternehmer der Bescheid, daß keine Preissteigerung zu verzeichnen ist. Im übrigen sollten wir Unterlagen bringen, daß unsere Kollegen schlechter in der Lohnfrage stehen wie andere. Jedenfalls war dies Verlangen nicht am Platze, da die Steinmeken schon von jeher wegen der großen Gesundheitsgefährlichkeit im Beruf mit Lohn und Arbeitszeit an erster Stelle standen. Es gehört zur Ausbildung unseres Berufes eine gute Ernährung, die heute alles Einkommen verbraucht. Oder wollen die Herren, daß die zur Zeit noch kleine Zahl Steinmeken dem Untergrund geweiht ist? Der Kommission wurde jebe Lohnaufbesserung abgeschlagen. Eine sofortige Versammlung beschloß, daß die Kommission den nächsten Tag noch einmal vorstellig werden sollte und, falls keine Einigung erzielt, der Streik proklamiert wird. Das trat auch ein. Am 25. August fand wieder eine Versammlung statt, um sich mit der Situation zu beschäftigen. Es wurde bekanntgegeben, daß von den Unternehmern Schreiben eingegangen sind, worin angekündigt wurde, daß wir die den Bauarbeitern zugebilligten 60 Pf. pro Stunde auch erhalten sollen, im übrigen würden wir noch benachrichtigt. Im neueren Schreiben werden wir des Tarifbruches beschuldigt, jedoch anstatt 60 Pf. Zuschlag,

10 Pf. pro Stunde bewilligt. Das Angebot wurde abgelehnt, da wir uns früher nach den Abmachungen der Bauarbeiter gerichtet haben, jedoch ein Risiko erlitten, nicht zuletzt durch die Schuld unserer Unternehmer. Es wurde beschlossen, an unserer Forderung festzuhalten. Streikbrecher sind nicht zu verzeichnen, und ist die Lage gut, mit Ausnahme kleiner Zwischenfälle, die sich bei keinem Streik vermeiden lassen, doch sind diese stets wieder zur Zufriedenheit geregelt worden. Es sei noch der Zahlstellen Magdeburg und Halle dankend gedacht, die uns in anerkennenswerter Weise unterstützten. Einer besonderen Aufforderung zur Unterstützung wird es wohl nicht bedürfen, da unsere Sache auch Sache des ganzen Bezirkes ist.

**Eberbach.** Am 22. August 1921 sind die Steinarbeiter der Steinbruchbetriebe Eberbach und Umgegend in Baden wegen nicht bewilligter Lohnforderung in den Streik getreten. Hierzu ist zu bemerken: Die Tarifverhandlungen dauern schon seit April und konnte bis Ende Juli, trotzdem es sich nur um eine kleine Stundenlohnsteigerung handelte, Einigung nicht erzielt werden. Anfangs August machten wir nach erneuter zweitägiger Verhandlung den Vermittlungsvorschlag, die seitherigen Stundenlöhne für verheiratete Steinhauer und Steinbrecher um 40 Pf., für Ledige um 10 Pf. zu erhöhen. In der Verhandlung am 6. August 1921 teilten die Unternehmer uns mit, daß sie uns spätestens bis 11. August über die Annahme oder Ablehnung dieses Vorschlages Mitteilung zukommen lassen wollten. Da uns bis zum Ablauf dieser Frist eine Antwort überhaupt nicht zugeing, was die Ablehnung unserer gewiß bescheidenen Forderung bedeutete, traten wir am 22. August in den Streik.

**Demis-Thumit.** Die am 25. August tagende Mitgliederversammlung war vollständig besetzt. Die Tarifkommission erstattete den Bericht von den Verhandlungen. In eingehender Aussprache lehnten alle Kollegen die Zugeständnisse der Unternehmer ab. — Die Abstimmung über den Pflastersteintarif wie auch über die 50prozentige Erhöhung der Teuerungszulage auf die Grundlöhne ergab einstimmige Ablehnung. Ein Antrag der Brecher, vom 28. August an keine Werkstücke mehr zu spalten, fand einstimmige Annahme bei den Brechern. Infolge der tariflosen Zeit werden die Steinmehken und Pflasterarbeiter den Brechern nicht in den Rücken fallen. Die Beratung und Abstimmung über den Werksteintarif wurde einer Branchenversammlung überlassen. Nach Mitteilung ist im Bauzener und Ramenzer Gebiet ebenfalls die Teuerungszulage, wie auch der Pflastersteintarif, abgelehnt worden.

### Rundschau.

Aus unserem Beruf und Industrie. Das Geschäftsamt des Verbandes der Deutschen Granitwerksteinindustrie in Leipzig ist vom 27. August nach Leipzig-Gohlis, Springerstraße 23 III, verlegt. Telefon 16283.

Der 3. akademische Gewerkschaftskursus beim Staatswissenschaftlichen Institut der Universität Münster i. W. findet in der Zeit vom 5. September bis 15. Oktober d. J. statt. Die Gewerkschaften aller Richtungen (freie, christliche und kirchlich-Dundersche) werden wieder wie zu den vorhergehenden Kursen insgesamt 60 Teilnehmer entsenden. Auch unsere Organisation hat nun zu jedem Kursus zwei Teilnehmer gemeldet. An diesem Kursus nehmen Kollege Wunderlich (Zentralbureau) und Kollege Schmidt (Gaulleiter) teil. Das Lehrprogramm ist vielseitig und wird den Teilnehmern sicherlich manche gute Grundlage und weitere Anregung geben für die künftige Organisationsarbeit in Wort und Schrift, für Theorie und Praxis.

**Gewerkschaftliches.** Der Internationale Gewerkschaftsbund hat in seiner am 13. und 14. August in Berlin stattgefundenen Konferenz zur Lage des durch Hunger und Seuchen aller Art in schlimmster Weise heimgesuchten russischen und georgischen Volkes Stellung genommen. Er beschloß, einen Aufruf an das internationale Proletariat zu erlassen und die gewerkschaftlichen Landeszentralen aller Länder zu beauftragen, Sammlungen einzuleiten.

In Gemäßheit dieses bereits zur allgemeinen Kenntnis gelangten Beschlusses ist unverzüglich mit den Sammlungen zu beginnen. Die Ortsausläufe des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes und die Ortskartelle des Via-Bundes werden Sammelstellen an die Gewerkschaftsmitglieder herauszugeben. Die Sammlungsergebnisse sollen umgehend an den Vorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes unter der Adresse „Hermann Kube, Berlin SO 16, Engelstraße 24 IV, oder auf Post-Konto 7930 Post-Kontostamm Berlin“ eingesandt werden. — Unsere Kollegen werden ersucht, sich nur an Sammlungen zu beteiligen, die von den Ortsausläufern eingeleitet werden. Dagegen können in entlegeneren Gebirgsorten, wo diese Verbindung nicht besteht, Sammelstellen vom nächstgelegenen Ortsausläufer angefordert werden, das ist immer noch besser, als eine separate Veranstaltung für den genannten Zweck einzuleiten.

Protest gegen die Vereinigung Deutscher Arbeitgeberverbände. Der kürzlich in Berlin tagende Bundesausschuß des ADGB hat folgende Entschliessung gefaßt: „Gegenüber dem zwinzand notwendigen Lohn- und Gehaltsforderungen hat die Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände in den letzten Tagen öffentlich den Gewerkschaften „unberühmte Hebertreibung der Dinge“ vorgeworfen, die von der gesamten Arbeitnehmererschaft erhobenen Forderungen „als durch die Verhältnisse nicht gerechtfertigt“ hingestellt und gleichzeitig erklärt, daß höhere Löhne nur dann zugestanden werden könnten, „wenn gleichzeitig eine Steigerung der Arbeitsleistung erfolgt und zu diesem Zweck auch die Tarif- und Lohnpolitik von allen produktionshemmenden Bestimmungen freigemacht wird“.

Der Ausschuß des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes weist den in dieser Stellungnahme der Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände liegenden Versuch, eine erhöhte und unbeschränkte Ausbeutung menschlicher Arbeitskraft durchzuführen, aufs entschiedenste zurück.

Die Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände offenbart mit ihrer Veröffentlichung das Bestreben, die Arbeitszeit durch Verfestigung des Achtfundertages zu verlängern und die den Arbeiterinteressen dienenden und für den Arbeiterschutz unerlässlichen Bestimmungen der Tarifverträge zu verschlechtern.

Diesen arbeitgeberfeindlichen Bestrebungen muß der schärfste geschlossene Widerstand der Gewerkschaften entgegengestellt werden.

**Gewerkschaften und Wiederaufbau.** Die Frage der Sachleistungen zur Erfüllung der deutschen Reparationsverpflichtungen rückt der Entscheidung näher. Wenn auch die Verhandlungen zwischen dem deutschen und dem französischen Wiederaufbauministerium noch nicht über das Stadium der Vorbereitungen hinausgediehen sind, so ist doch entschieden, daß auch Frankreich die teilweise Umwandlung der Goldleistungen in Sachleistungen für unentbehrlich hält. Zur Durchführung und Sicherung dieser Sachleistungen ist die Bildung zweckentsprechender Organisationen der beteiligten Interessenten notwendig. In einer Verordnung der Reichsregierung ist die Bildung entsprechender Leistungsverbände vorgesehen. Ohne die tätige organisatorische Mitarbeit der deutschen Gewerkschaften wäre die Durchführung der Sachleistungen unmöglich. Die Spitzenverbände der deutschen Gewerkschaften unterbreiteten daher dem Reichsminister für den Wiederaufbau am 9. August eine begründete Eingabe. Bessprechungen darüber haben kürzlich mit dem Minister für Wiederaufbau stattgefunden. Dabei zeigte sich, daß bis zu einem gewissen Grade die Erörterungen den Ereignissen vorausleiten. Ueber den eigentlichen Wiederaufbau der für die Durchführung der Wiederaufbauleistungen notwendigen Organisationen sind die Vorbereitungen in Regierung und Reichsrat usw. noch nicht abgeschlossen. Immerhin darf gesagt werden, daß in der Vorbereitung die Wünsche der Gewerkschaften beim Ministerium im allgemeinen auf Verständnis stehen.

**Soziales. Beruf und Prostitution.** Das Mitglied der Hamburgischen Bürgerchaft, Dr. Knack, hat einen Bericht über die Verbreitung der Geschlechtskrankheiten in Hamburg bekannt gegeben, dem die Zeitschrift für soziale Hygiene einige statistische Angaben entnimmt. Der geheimen Prostitution gaben sich hin in Altona 836, davon krank 39 Prozent, in Bremen 696, davon krank 42 Prozent, in Essen 730, davon krank 34 Prozent, in Mainz 92, davon krank 82 Prozent, in München 2085, davon krank 16 Prozent, in Stuttgart 1182, davon krank 20 Prozent. Bei einer Uebersicht über die Infektionsquellen war der Beruf der sich geheim prostituierten Frauen nach Mod: Gewerksmäßige Prostituierte 42 Prozent, Verkäuferinnen (Kontoristinnen, Schneiderrinnen, Modistinnen usw.) 28 Prozent, Kellnerinnen 17 Prozent, Hausdientlerinnen 5 Prozent, Dienstmädchen 4 Prozent, Theaterdamen 5 Prozent, Arbeiterinnen 2 Prozent. Nach Lion und Loeb verteilen sich die Frauenberufe wie folgt: Gewerksmäßige Prostitution 37, Kellnerinnen 130, Ladnerinnen, Modistinnen, Schneiderinnen 27, Dienstmädchen 60, Arbeiterinnen 20, Näherinnen, Wärterinnen 17, Künstlerinnen 7, Bürgerdientlerinnen 45. Was das Alter der in Hamburg kontrollierten Prostituierten angeht, so erstreckte sich dieses vom 18. bis zum 50 Jahre. Erfreulicherweise stellen die ersten in Betracht kommenden Jahre nur je 1 bis 3 Mädchen. Das Alter von 27 Jahren stellte die meisten, nämlich 52 Mädchen.

**Berufsberatung.** Der Gedanke der Auswahl der Arbeiter nach wissenschaftlichen Methoden ringt sich in Schweden immer mehr durch. Im Jahre 1919 schon wurde eine Mechanikerschule eröffnet, für die die Mittel und Vorstudien im In- und Auslande erlangt wurden. Im Herbst sollen nun Lehrgänge eröffnet werden, an denen technische Sachverständige und Vertreter der verschiedenen Industrien teilnehmen werden. Die interessierten Organisationen, darunter die Gewerkschaften, sind aufgefordert, an der Entwicklung dieser neuen Wissenschaft mitzuwirken.

Eine Herabsetzung der Leistungen der Arbeitslosenversicherung soll in England durchgeführt werden. Der Entwurf wird von der Arbeiterpartei, wie die Soziale Praxis schreibt, scharf bekämpft, nicht nur im Hinblick auf die Not der Erwerbslosen, sondern auch mit Rücksicht auf den Lohndruck, den ein so gewaltiges Heer von ungenügend unterstützten Erwerbslosen notwendig auf die ohnehin sinkende Lohnhöhe üben muß. In erster Lesung ist die Vorlage dennoch bereits angenommen. Das beweist, wie notwendig ein starkes Proletariat ist, auch bei uns, da sich ja auch bei uns die proletariatsfeindlichen Tendenzen immer mehr bemerkbar machen.

### Bekanntmachungen des Zentralvorstandes.

Allen Zahlstellen, die am Reichslohntarif (Schleiferei) interessiert sind, wurden in der verfloffenen Woche die vereinbarten Änderungen zugestellt. Der angekündigte Abdruck erübrigt sich damit.

Nach § 3, Absatz 5b des Statuts wurden die Steinmehken Bernhard Schumacher in Bremen, Franz Fried, Gerhard Fried und Max Förtsch in Freiburg a. Insbruck sowie Ludwig Pilst in Gauenberg aus dem Verband ausgeschlossen.

Der NZ. für die Granitschleifereien wurde bis 30. Juni 1922 verlängert. Infolge der vielen Änderungen und Ergänzungen während seines Bestehens, sowie auch der kürzlich in Würzburg und Hof getroffenen Änderungen macht sich ein Neudruck nötig. Die Zahlstellenverwaltungen mögen daher umgehend ihren Bedarf bei der Zentrale anmelden, damit die Neuaufgabe dementsprechend hergestellt wird.

Von den Zahlstellen Niederbreisig (5. Gau) und Unterneffelbach (8. Gau) steht die Abrechnung vom 2. Quartal noch aus.

### Bekanntmachungen der Zahlstellen und Gauleitungen.

Jedes Verbandsmitglied hat die Pflicht, vor der Zureise bzw. Arbeitsaufnahme an irgendeinem Ort Erkundigungen einzuholen, auch dann, wenn die neue Arbeitsstelle durch Vermittlung eines Inserates im Steinarbeiter erreicht wurde. Steht für den Ort keine Adresse zur Verfügung, wird die zuständige Gau- oder auch Zentralleitung Auskunft vermitteln. Unter allen möglichen Vorbedingungen werden oft die Kollegen angenommen und ebenso oft sind Enttäuschungen zu verzeichnen. Zum Schutze dagegen sichere man sich vorher und verfare nicht unnütz Zeit und Geld oder gebe etwa seine Arbeitsstelle auf. Jeder kennt das Sprichwort: Vom Regen unter die Traufe stellen! Jedes Verbandsmitglied hat ferner die Pflicht, bei etwaigem Arbeitsantritt sich umgehend in der Zahlstelle anzumelden. Bittere Klagen wurden darüber schon geführt. Wer sich vor persönlichen Schäden und sonst Unangenehmen schützen will, beachte die vorstehenden ganz selbstverständlichen gewerkschaftlichen Pflichten.

**Kaufbeuren (Algäu).** Ein Bildhauer und Architekt namens Hermann Mitschke aus Breisgau, Frankfurter Str. 205, brandschicht Gasthäuser, Hotels, Unternehmer und Kollegen. Um die letzteren vor Schäden zu bewahren, wird vor den genannten Mitschke gewarnt. Er ist ca. 170 Meter groß, blond und spricht hantauer Dialekt. Mitteilung über Aufenthalt können der Schriftleitung des Steinarbeiter oder mir übermittelt werden. R. Lang, Steinmetz, Kaufbeuren, Algäu, bei Steinmetzmeister Presteln.

**Karlsruhe-Ettlingen.** Durch ein Mißverständnis habe ich gegen den Kollegen Karl Weigel Angaben gemacht, die auf Unwahrheit beruhen. Diese werden hiermit in aller Öffentlichkeit zurückgenommen. Jaf. Sieber.

### Adressenänderungen.

- 2. Gau. Mauer. Vorf. u. Kass.: Erich Hoffmann, Maßdorf Nr. 89.
- 3. Gau. Landsberg b. Halle. Kass.: Karl Wiffing jun., Köthener Straße 140.
- 6. Gau. Ludwigshafen a. Rh. Kass.: Daniel Steller, Ganderhofstraße 8.
- 7. Gau. Ebenstetten. Kass.: Josef Ernst.
- 9. Gau. Oberheim (Pfalz). Vorf.: Johann Fockel; Kass.: Jakob Spuler, Sobornheim (Rhe). (Die in Nr. 35 veröffentlichte Adresse von Breitenborn war irrtümlich unter A. statt 9. Gau rangiert.)

### Briefkasten.

D. W. Wieder beide Seiten beschrieben, und nichts drin — Papierkorb.  
G. K. D. Deine Mahnung, den Bericht so wie geschrieben zum Abdruck zu bringen, ist überflüssig. Etwas Inhalt muß er schon aufweisen. Mit Radaumachern und Versammlungsschwänzen muß am Ort Abrechnung gehalten werden.  
Böhn. G. Warum nur immer den Umweg über den Steinarbeiter? Den Zenaer Kollegen kann viel besser und schneller Mitteilung brieflich gemacht werden, daß der Steinmetz Fritz Wolf, als Sperrebrecher, auf die Zenaer Kollegen nicht gut zu sprechen ist.  
Berlin K. Zum nächstenmal empfehle ich als Manuskriptpapier Badpapier von mindestens ein Quadratmeter Größe. Der Maschinenfabrik wird sich gewiß darüber freuen.  
L. W. Ja, die Notizen sind widersprechend; ging nicht durch meine Finger, sonst hätte ich schon gestrichen.

### Neue Bücher, Zeitschriften usw.

Die Sozialistische Gemeinde (N.S.P.) erscheint zweimal monatlich. Preis der Einzelnummer 1 Mark, vierteljährlich 6 Mark. — Bestellungen bei allen Postanstalten und Partibuchhandlungen.

Die „Neue Zeit“ erscheint wöchentlich einmal und ist durch alle Buchhandlungen, Postanstalten und Kolporteurs zum Preise von 19.50 Mark das Vierteljahr zu beziehen; jedoch kann sie bei der Post nur für das Vierteljahr bestellt werden. Das einzelne Heft kostet 1.50 Mark. Probenummern stehen jederzeit zur Verfügung.

„Am die Fahne der Republik“. Von Dr. Ed. David (Preis 2 Mark, Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW 68.). Das Schriftchen von David bietet scharfgeschliffene Waffen aus Geschichte und Gegenwart für den Kampf um die Ehre der Republik und ihrer Hohenzeichen. Mögen alle, denen die Erhaltung und Festigung der Republik am Herzen liegt, von dem gebotenen Material Gebrauch machen!

„Die notwendige Einigung der Arbeiterklasse.“ Möglichkeiten und Voraussetzungen von W. Schifff. (Preis 2 Mark, Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW 68.). In dieser Schrift werden die wachsenden reaktionären Gefahren geschildert, deren Abwehr bei einer dauernden Spaltung immer schwieriger wird, andererseits die Grenzen der gegenwärtig möglichen Einigung scharf gezogen, und schließlich das rücksichtslose Bekenntnis zur parlamentarischen Demokratie und zur positiven Arbeit von der N.S.P. als Voraussetzung einer Wiedervereinigung begründet und verlangt.

„Das Schulprogramm der Sozialdemokratie und ihre Schulpolitik.“ Von Dr. Richard Lohmann. (Preis 6.50 Mark, Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW 68.). Es werden hier die Forderungen, die die Sozialdemokratie für die Neugestaltung der Schule zu erheben hat, zusammengestellt, und es werden vor allem die nächsten Möglichkeiten dargelegt, die sich uns im politischen Kampfe der Gegenwart bieten, um unseren Zielen wenigstens schrittweise näher zu kommen.

### Anzeigen

Bruder Ludwig wo steckst du? Es sucht dich dein Bruder Jak. Sieber, Ettlingen b. Karlsruhe, Hauergasse 11.

Jeder kann sofort Schriftzeichen nach meiner Methode! Aufklärungssehung mit Probe-Alphabet und Verzierungsblatt Nr. 1. Preis 30 Mark. Schriftzeichnerei Sieber (Hessen), Licherstraße 37.

**Tüchtige Marmorpoliseure** stellen ein Steinwerke Jaminet G. m. b. H., Essen, Töpferstraße 104.

**Sandstein-Steinmetzen** für bessere Bauarbeiten und Denkmäler für unsere Betriebe Bunzlau, Warthau, Löwenberg, Rackwitz werden sofort in größerer Anzahl eingestellt. Arbeitsdauer über ein Jahr gesich. Zeidler & Wimmel, Bunzlau.

**Tüchtige Steinmetzen** auf Sandstein und Muschelkalk bei 7.15 M. Stundenlohn stellen sofort ein C. & P. Quirbach, Betzdorf (Sieg).

**Steinbrecher** für unsere Sandsteinbrüche Warthau, Rackwitz, werden sofort eingestellt für dauernde Arbeit. Zeidler & Wimmel, Bunzlau.

**Tüchtiger Steinmetz** auf Grabsteinarbeit sofort gesucht. Gebr. Drögeloh, Vlotho a. d. Weser. Bild- und Steinhauerei, Fernsprecher Nr. 108.

Wir suchen zum sofortigen Eintritt **tüchtigen Schriftenhauer** für Marmor und Granit, der auch Ornamente in Sandstein, Muschelkalk usw. ausführen kann. Wegen Wohnungsmangel Ledige bevorzugt. Süddeutsche Steinindustrie, Friesinger & Metzger, Hemigkofen-Nonnenbach am Bodensee.

Einige solide in profilierten gotischen Arbeiten in Muschelkalk und hartem Sandstein tüchtig können gut bezahlte Beschäftigung finden. Münsterbauhütte in Ueberlingen am Bodensee.

**Zwei Granitsteinhauer** auf gestockte Denkmalsarbeit gesucht. Stundenlohn 6-7 M. Winterarbeit. Fritz Kempf, Bildhauerei, Villingen.

**Tüchtiger Steinmetz** (ledig), der Schriftthauen und leichte Verzierungen arbeiten kann, sofort gesucht. Winterarbeit. Paul Wohllich, Uelzen.

**Erfahrener Maschinenschleifer** für Rundscheife und Kreissäge auf Marmor gesucht. Jacob Melcher, Dessau, Heidestraße 88.

**Ein Steinmetz** für alle Arbeiten. **Ein Schriftthauer** Stundenlohn 5.75 M. gesucht. Hermann Jagdmann, Filiale Ettagard i. Pom.

**Tüchtiger Steinmetz** auf Grabsteinarbeit (Granit) sofort gesucht. Lohn Deutscher Reichst. evtl. Tagelohn nach Vereinbarung. Logis vorhanden. A. Flügel, Grabstein-Geschäft, Arzberg, Fichtelgebirge.

### Verstorben.

(Unter dieser Rubrik werden nur diejenigen Sterbefälle veröffentlicht, für die die Todesanzeigen zur allgemeinen Kenntnis eingetragen worden.)  
In **Bautzen** am 24. Juli der Pflastersteinarbeiter **August Proška**, 53 Jahre alt, Krebs.  
In **Schwerin** am 13. August der Steinmetz **Hans Lütz**, 34 Jahre alt, Lungentuberkulose.  
In **Ettlingen** am 13. August der Hilfsarbeiter **M. Holler**, 46 Jahre alt, Lungentuberkulose.  
In **Dessau** am 17. August der Sandsteinmetz **Otto Koch**, 36 Jahre alt, Verunfall.  
In **Striegau** am 18. August der Granitsteinmetz **Albert Richard**, 34 Jahre alt, Ueberleiden.  
In **Arnsdorf** am 19. August der Granitsteinmetz **Ernst Herkner**, 63 Jahre alt, Magenleiden.  
In **See** am 20. August der Brecher **Wolff Berger**, 46 Jahre alt, Verunfall.  
In **Leipzig** am 23. August der Sandsteinmetz **Michael Wirth**, 46 Jahre alt, Lungentuberkulose.

Verantwortliche Schriftleitung: Hermann Siebold, Verlag von Ernst Winkler, beide in Leipzig. Gedruckt in der „Freien Presse“, Leipzig.